

Text

624 Demokratie und Bürgerbeteiligung

625 Eine lebendige Demokratie beschränkt sich nicht nur auf das Wahlrecht, auch
626 zwischen den Wahlen sollen BürgerInnen per Bürgerbegehren und -entscheid über
627 wichtige kommunalpolitische Sachfragen entscheiden können. Eine bessere
628 Beteiligung von BürgerInnen an politischen Entscheidungen und planerischen
629 Großvorhaben ist ein wichtiger Schritt für mehr Akzeptanz. Wir Grünen treten
630 daher für eine Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre sowie
631 für Erleichterungen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden ein.

632 Wir Grünen wollen für einzelne Projekte des Kreises repräsentative Gruppen
633 zufällig ausgewählter BürgerInnen zur Beratung heranziehen und gezielt
634 Planungszellen einsetzen.

635 Auch Verwaltung und Kommunalpolitik müssen offen für neue Formen der
636 Bürgerbeteiligung bleiben. Alle EinwohnerInnen des MKK sollen ihren Willen in
637 Empfehlungen an den Kreistag im Rahmen einer Fragestunde vor den
638 Kreistagssitzungen ausdrücken können.

639 Um die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an relevanten
640 Entscheidungen weiter auszubauen, sind die Möglichkeiten des Internets zu nutzen
641 und stetig zu erweitern. Ebenso soll das Dienstleistungs- und
642 Informationsangebot des Kreises weiter ausgebaut und optimiert werden. Hier
643 sollen alle erdenklichen Formen des E-Governments Anwendung finden. Anträge und
644 Formulare sollen möglichst schon online ausfüllbar sein.

645 Um allen BürgerInnen den Zugang zu elektronischen Angeboten zu erleichtern,
646 wollen wir den Einsatz von kostenlosen Open Source-Lösungen in der Verwaltung
647 voranbringen. Hier ist auch langfristig auf die entstehenden Kosten zu achten.

648 Der Internetauftritt des Kreises muss eine leicht auffindbare
649 Feedbackmöglichkeit für die BürgerInnen erhalten. Es sollte möglich sein, direkt
650 zu dem aufgerufenen Abschnitt Rückmeldung zur Nützlichkeit zu geben. Die Seiten
651 sollen weiter barrierefrei ausgebaut werden und auf datenschutzrechtlich
652 problematische und proprietäre Elemente verzichten.

653 Wir unterstützen auch Initiativen zur Bereitstellung eines freien WLAN-Netzes.
654 Bei allen Fortschritten auf dem Weg in die digitale Gesellschaft müssen aber
655 auch die Risiken im Blick behalten werden und die BürgerInnen müssen
656 Schulungsangebote zum gesamten Themenspektrum erhalten. Nur gut informierte
657 Menschen können das Internet frei und ihrem Willen folgend nutzen –
658 informationelle Selbstbestimmung ist nicht angeboren, sie muss gelernt werden.
659 Hier muss bereits in der Schule angesetzt werden. Wir schlagen daher vor, den
660 MKK zur „Demokratie-Schul-Modellregion“ zu machen und für jede Schulklasse der
661 Mittelstufe mindestens eine Stunde in der Woche Demokratie- und Medienschulung
662 zu unterrichten.

663 Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum muss die Ausnahme bleiben, sie muss
664 kontrolliert und regelmäßig auf ihren Nutzen hin evaluiert werden.

665 Besonders kommunale Verwaltungen arbeiten mit sensiblen Daten, die geschützt
666 werden müssen. Insbesondere fordern wir hier, kommunale Rechner nur mit
667 aktuellen und sicheren Betriebssystemen zu betreiben, idealerweise auf Grundlage
668 freier und quelloffener Software. Der Internetauftritt unseres Kreises soll
669 aktuellen Sicherheits- und Datenschutzstandards entsprechen.

670 Wir wollen den BürgerInnen ermöglichen, sicher per E-Mail mit ihrer Verwaltung
671 zu kommunizieren. Die E-Mail-Verschlüsselung muss höchstmöglichen, transparenten
672 und kontrollierbaren Standards entsprechen. So wie beim Briefgeheimnis dürfen
673 nur Absender und Adressat wissen, was in der E-Mail steht.

674 IT-Sicherheit für den Main-Kinzig-Kreis

675 Wir leben in einer Zeit, in der Kriege und Kriminalität längst auch im Internet
676 stattfinden. Es ist unsere Aufgabe, die Verwaltung und auch die BürgerInnen
677 bestmöglich zu schützen. Daher fordern wir ein aktualisiertes IT-
678 Sicherheitskonzept für unsere Kreisverwaltung. Mit einem transparent
679 dokumentierten und durch BürgerInnen und MandatsträgerInnen kontrollier- und
680 verbesserbaren IT-Sicherheitskonzept wollen wir uns vor Gefahren schützen.

681 Wir wollen das IT-Sicherheitskonzept auch zum Anlass nehmen, den Datenschutz der
682 BürgerInnen und Angestellten zu verbessern.

683 Open Data – Daten zurückgeben!

684 Daten sind wirtschaftliche Ressource und notwendiges Element demokratischer
685 Teilhabe zugleich. Wir wollen die Daten (ohne Personenbezug) öffentlich
686 zugänglich machen, die mit öffentlichen Mitteln gesammelt wurden. In Städten wie
687 Wien und London wird Open Data bereits als Erfolgsmodell praktiziert und ist ein
688 wertvoller Standortfaktor. Informationsfreiheit ist für uns auch ein Grundrecht.
689 Wir fordern deshalb eine Informationsfreiheitssatzung für den Kreis.

690 Rassismus und Extremismus: Nein danke!

691 Jeder Mensch hat das Recht, unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht,
692 sexueller Orientierung oder Konfession, am alltäglichen Leben ohne
693 Benachteiligung, Diskriminierung und Rassismus teilnehmen zu können. Demokratie
694 kann erst dadurch gelingen, wenn die komplette Gesellschaft repräsentiert wird.
695 Wir Grünen stellen uns klar gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Dies
696 schließt eine Kooperation mit rechten Parteien entschieden aus.

697 Rassismus muss institutionell und strukturell bekämpft werden. Dies geschieht
698 durch die Förderung der Diversität in der Verwaltung und den kreiseigenen
699 Betrieben. Unterstützt werden soll dies durch die Einführung eines/einer
700 Antidiskriminierungsbeauftragten. Diese/r soll sich unter anderem auch dem Thema
701 „Mehrfachdiskriminierung“ annehmen. Entsprechende Arbeitsprogramme sollen von
702 dem/der Beauftragten erarbeitet werden.

703 Wir fordern, dass der MKK ein Konzept erarbeitet, um die Sicherheit für
704 besonders gefährdete Orte im Kreis (beispielsweise Moscheen, Synagogen) zu
705 erhöhen. Dies soll in Zusammenarbeit unter anderem mit dem Polizeipräsidium
706 Südothessen und den jeweiligen VertreterInnen der zu schützenden Orte
707 geschehen.

708 Geflüchtete Menschen müssen menschenwürdig untergebracht werden. Der MKK hat
709 hier Sorge zu tragen, dass die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen dafür

710 ausreichen. Gleichzeitig fordern wir, dass der MKK der Initiative „Sichere
711 Häfen“ beitrifft. Dies wurde von den Parteien in der vergangenen Wahlperiode
712 abgelehnt.

713 Wir fordern und fördern eine Gedenkkultur im MKK. Wir verstehen die NS-Zeit
714 nicht als „Vogelschiss“, sondern fördern einen offenen Umgang mit dieser Zeit in
715 den Schulen des Kreises. Auch der Anschlag von Hanau darf nicht vergessen
716 werden.

717 Wir als Grüne hinterfragen kritisch koloniale Straßennamen. Sklaverei und Mord
718 sollen keine Beweggründe sein, auf einem Straßennamen verewigt zu werden. Wir
719 fordern deswegen die Abschaffung von kolonialen Straßennamen sowie deren
720 Umbenennung.

721 Einen weiteren Baustein für aktive und gelebte Demokratie bildet das
722 Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“. Es setzt
723 mit seinen Programmen ein Signal für Extremismusprävention und bietet
724 professionelle und kostenlose Beratung für Personen oder Institutionen an, die
725 von Rechtsextremismus, Rassismus oder Antisemitismus betroffen sind. Darüber
726 hinaus wollen wir mit dem MKK am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ teilnehmen,
727 was wir bereits 2018 beantragt haben. Insbesondere nach den Anschlägen von
728 Wächtersbach und Hanau ist klar, dass wir auch hier vor Ort ein wachsendes
729 Problem mit Extremismus und Rassismus haben und hier gegensteuern müssen. Der
730 MKK muss daher auch in die kleineren Gemeinden im ländlichen Raum mit
731 entsprechenden Angeboten und Veranstaltungen gehen, um dort gegen
732 Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu
733 wirken.

734 Der MKK muss außerdem bei der Erfassung von Waffenbesitzkarten, Waffen und
735 Sprengstoffen eng mit den Kommunen zusammenarbeiten, um zu verhindern, dass
736 Extremisten sich Waffen beschaffen können. Es ist ein/e Waffenbeauftragte/r zu
737 benennen, die/der in den Gemeinden, insbesondere in Schützenvereinen, aktiv
738 auftritt und klar macht, dass Waffen in den Händen von Extremisten und Rassisten
739 nichts zu suchen haben und dass „Wegsehen“ auch für Vereinsmitglieder nicht
740 akzeptabel ist. Die Sicherheit aller BürgerInnen ist höchstes Gut und es ist
741 unsere gemeinsame Aufgabe, jeden Hinweis auf extremistische Umtriebe ernst zu
742 nehmen und Auffälligkeiten nachzugehen.